

Parteieninternationalen in Lateinamerika

Detlef Nolte

Am 23. Januar 2012 berichtete *Der Spiegel*, Parteichef Sigmar Gabriel habe verkündet, seine Partei wolle den diesjährigen Mitgliedsbeitrag an die Sozialistische Internationale (SI) in Höhe von 100.000 britischen Pfund nicht auszahlen. Der stärkste Beitragszahler könne nicht länger zulassen, „dass die SPD mit Verbrechern an einem Tisch sitze“.

Analyse

Der Unmut in der deutschen Sozialdemokratie über einige Mitgliedsparteien in der traditionsreichen SI wirft ein Schlaglicht auf die Rolle, Stärke und Zusammensetzung der internationalen Parteienorganisationen. Der Blick auf Lateinamerika zeigt: Die großen, von europäischen Parteien geprägten Parteieninternationalen sind dort stärker präsent als in anderen außereuropäischen Weltregionen.

- Die Mitgliedsparteien der SI stellen im Januar 2012 in neun von 18 lateinamerikanischen Ländern den Präsidenten; in drei weiteren Ländern sind sie an der Regierung beteiligt. In Südamerika gehören jedoch die Parteien von acht der zehn amtierenden Präsidenten keiner der globalen Parteienzusammenschlüsse an.
- Mitgliedsparteien der SI sind in Lateinamerika häufiger an der Regierung beteiligt als die aller anderen Parteieninternationalen zusammen. Die SI ist außerdem der Parteienzusammenschluss mit der stärksten parlamentarischen Präsenz; es folgen die christdemokratische Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA) und die konservative Unión de Partidos Latinoamericanos (UPLA) – beides genuin regionale Organisationen.
- Die neue Linke in Lateinamerika gehört nicht der SI an. Viele dieser linken Parteien haben sich dem so genannten *Foro de São Paulo* angeschlossen, einer weiteren genuin lateinamerikanischen Organisation, in der Parteien mit sozialen Organisationen zusammenarbeiten.
- Demonstratives Desinteresse an europäischen Politikmodellen, wie es ein Teil der lateinamerikanischen Linken (etwa die Präsidenten von Bolivien, Ecuador oder Venezuela) manifestiert, kontrastiert auf der politischen Rechten mit regelmäßigen Sympathiebekundungen gegenüber politisch wahlverwandten Kollegen – wie zuletzt beim Wahlsieg von Mariano Rajoy vom konservativen Partido Popular (PP) in Spanien.

Schlagwörter: *Lateinamerika, Parteien, Parteieninternationalen*

Die Bedeutung Lateinamerikas für die Parteieninternationalen

Alle global agierenden Parteiendachverbände – die SI, die Christlich Demokratische Internationale IDC-CDI (Internationale Démocrate Centriste – Centrist Democrat International), die konservative Internationale Demokratische Union IDU (International Democrat Union), die Liberale Internationale (LI) und die Globalen Grünen (Global Greens) – wurden von europäischen Parteien gegründet und haben weiterhin ihre Hauptbasis in Europa. Außerhalb Europas variiert ihr Einfluss.

Vergleicht man die relative Bedeutung Lateinamerikas für die Parteieninternationalen (siehe Tabelle 1), so haben die IDU und die IDC-CDI sehr viel mehr Mitgliedsparteien in Lateinamerika als in Afrika, Asien sowie Nordafrika und dem Nahen Osten. Die IDU verzeichnet zudem viele Mitgliedsparteien in der nicht spanischsprachigen Karibik. Die Global Greens verfügen dagegen über mehr Mitgliedsparteien in Afrika (südlich der Sahara) und Asien als in Lateinamerika. Die LI ist etwa gleichstark in Afrika, Asien und Lateinamerika vertreten. Die SI hat ungefähr gleich viele Mitgliedsorganisationen in Lateinamerika und in Afrika, und weist von allen Internationalen die meisten Mitgliedsparteien in der Karibik auf.

Tabelle 1: Regionale Stärke von Parteieninternationalen

	SI	IDC	ODCA	IDU	UPLA	LI	GG
Vollmitglieder	99	64		127		59	88
Beobachter-/Konsultationsstatus*	48	10				22	18
Insgesamt	147	74		127		81	106
Europa	53	38		67		39	43
Amerika	38	18	36	32	17	12	14
• USA/Canada	2			2		1	2
• Karibik (nicht Spanisch)	9	2	5	8			
davon mit Beobachterstatus	6						
• Lateinamerika (einschließlich Haiti)	27	16	31	22	17	11	12
davon mit Beobachterstatus	4	1	5			4	1
Asien - Pazifik	13	2		9		11	17
• Australien, Neuseeland, Fidschi	2			3			3
Afrika (südlich der Sahara)	26	10		13		12	25
Nordafrika und Naher Osten	17	6		6		7	7

Quelle: Eigene Zusammenstellung – basierend auf Angaben von Webseiten der Organisationen; es ist nicht auszuschließen, dass diese auch aufgelöste bzw. nicht mehr existierende Parteien enthalten.

* Der Beobachterstatus ist unterschiedlich definiert, als Vorstufe zu Vollmitgliedschaft (LI; ODCA) mit Rede-, aber ohne Stimmrecht, oder als dauerhafter Status (Mitgliedschaft ohne Stimm- und Rederecht; SI). In der SI kann bei Nichtzahlung der Mitgliedsbeiträge eine Rückstufung auf Beobachterstatus erfolgen. Konsultative Mitglieder (SI) haben Rede-, aber kein Stimmrecht.

Trotz ihrer starken Präsenz in der Region ist Lateinamerika für die traditionellen Parteieninternationalen mit ihrer starken Verwurzelung in Europa kein einfaches Terrain. Programme und Praktiken lateinamerikanischer Parteien entsprechen nur bedingt europäischen Mustern. So verfügen beispielsweise die brasilianischen Parteien – wie etwa die regierenden PT (Partido dos Trabalhadores) und PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro) – nur über geringe Bindungen zu den Parteieninternationalen. Auch lateinamerikanische Parteien mit einer starken ethnisch-indigenen Programmatik und sozialen Basis sind nicht mit den Parteieninternationalen vernetzt. Zugleich gibt es in Lateinamerika viele regionale und autochthone Parteienzusammenschlüsse.

SI und Foro de São Paulo

Internationale Parteienverbände werden häufig mit linken Parteien assoziiert, zurückgehend auf die 1943 aufgelöste Kommunistische Internationale und die SI, die 1951 in ihrer jetzigen Form gegründet wurde. Insbesondere in der „goldenen Ära“ der SI mit Parteiführern wie Willy Brandt, Olof Palme, Bruno Kreisky und Felipe González in den 1970er und 1980er Jahren war die SI so etwas wie ein Rollenmodell für die internationale Parteienkooperation. Die SI engagierte sich insbesondere in Lateinamerika und unterhielt dort einige Jahre ein spezielles Koordinierungsbüro. Heute gibt es in der SI einen Lateinamerika- und Karibik-Ausschuss, als dessen Sprecher zur Zeit der frühere Präsident Panamas, Martin Torrijos, vom PRD (Partido Revolucionario Democrático) fungiert. Der Chilene Luis Ayala ist seit 1989 Generalsekretär der SI; acht von 37 ihrer Vize-Präsidenten kommen aus Lateinamerika (einschließlich Haiti). Insgesamt verfügt die SI über nicht weniger als 25 Mitgliedsparteien in Lateinamerika (22) und der Karibik (3); weitere zehn Parteien haben Beobachterstatus.

Trotz ihrer Erfolge hat sich die SI in Lateinamerika schwer getan. In weiten Teilen der lateinamerikanischen Linken herrscht eine skeptische Sichtweise auf die europäische Sozialdemokratie und ihre Programmatik vor. Zu den Linksparteien, die nicht der SI angehören, zählt beispielsweise die in Lateinamerika einflussreiche PT, die seit 2003 das brasilianische Staatsoberhaupt stellt, sowie die aus einer Guerillabewegung hervorgegangene FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) in El Salvador. Auch die Parteien der linksgerichteten Präsidenten in Venezuela, Ecuador, Bolivien und Peru sind keine Mitglieder in der SI. Sie sind umgekehrt jedoch Teil des *Foro de São Paulo*, das vom PT 1990 in São Paulo

als eine regelmäßige Konferenz von lateinamerikanischen Linksparteien und sozialen Bewegungen ins Leben gerufen wurde. Seit seiner Gründung wurden bisher 17 Zusammenkünfte organisiert (zuletzt 2011 in Managua). Das *Foro de São Paulo* listet insgesamt 84 Mitgliedsparteien auf. Viele dieser Gruppierungen sind allerdings sehr klein und von geringer politischer Relevanz. Allein in Argentinien und Uruguay zählt das *Foro* jeweils zwölf Mitglieder, in der Dominikanischen Republik nicht weniger als sieben. Auch wenn die enorme Zahl der Mitgliedsparteien nur wenig über die reale Stärke des *Foro de São Paulo* aussagt, bleibt festzuhalten, dass sich die neue Linke in Lateinamerika (und auch ein Teil der traditionellen Linken) außerhalb der SI organisiert hat. Einer weiteren Initiative der Linken, dem Aufruf des Partido Socialista Unificado de Venezuela (PSUV) und des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez vom November 2009, die V. Internationale zu gründen, war bisher kein Erfolg beschieden.

Die ODCA

In Lateinamerika gab es von Anfang an eine starke Konkurrenz zwischen den Parteieninternationalen. So gründeten christdemokratische Parteien bereits 1947 – noch vor der Wiederentstehung der SI – mit der ODCA den Verband der Christlich-Demokratischen Parteien Amerikas. Auf globaler Ebene waren die Mitgliedsparteien der ODCA mit dem 1961 in Santiago de Chile aus der Taufe gehobenen ehemaligen Weltverband Christdemokratischer Parteien (World Union of Christian Democrats – WUCD) affiliert, der 1999 in IDC-CDI umbenannt wurde. Dem gegenwärtigen Vorstand der IDC-CDI gehören neben dem Präsidenten der ODCA, dem mexikanischen Senator Jorge Ocejo Moreno von der regierenden PAN (Partido Acción Nacional) vier weitere Vertreter aus Lateinamerika an.

Einige europäische Mitgliedsparteien der IDC-CDI – wie beispielsweise die deutsche CDU – sind gleichzeitig Mitglied der 1983 gegründeten, weiter rechts stehenden und marktliberaler orientierten IDU. Eine derartige Doppelmitgliedschaft ist den 31 Mitgliedsparteien der ODCA strikt untersagt. Auch impliziert die Mitgliedschaft in der ODCA nicht automatisch eine solche in der Christlich Demokratischen Internationalen, die nur 17 lateinamerikanische Parteien als Mitglieder zählt. Zu den christdemokratischen politischen Netzwerken gehören nicht nur Parteienverbände, sondern auch *Think Tanks*. Insgesamt 16 lateinamerikanische Forschungs- und Fortbildungsinsti-

tute stehen der ODCA beziehungsweise ihren Mitgliedsparteien nahe.

Die UPLA

Zu den neueren Parteienzusammenschlüssen in der Region gehört die 1992 gegründete Union lateinamerikanischer Parteien UPLA. Zu den Gründungsparteien zählten ARENA (Alianza Republicana Nacionalista) aus El Salvador, die bolivianische ADN (Acción Democrática Nacionalista) und die aktuelle chilenische Regierungspartei RN (Renovación Nacional). Erster Präsident der UPLA (1992-1996) war der spätere kolumbianische Präsident Andrés Pastrana (1998-2002). Die UPLA bildete in den 1990er Jahren zunächst ein Bündnis aus etablierten konservativen Parteien (PCC – Partido Conservador Colombiano) mit neuen Parteien und Bewegungen auf der Rechten (UCeDé, Argentinien; Nueva Fuerza Democrática, Kolumbien) sowie rechtsgerichteten Parteien, deren Wurzeln in vorausgegangenen autoritären Regimen lagen (UDI – Unión Demócrata Independiente, RN, Chile; ARENA, El Salvador; ADN, Bolivien). Seit 2000 sieht es die UPLA als eine ihrer Hauptaufgaben an, dem Linkstrend in Lateinamerika entgegen zu wirken. Hugo Chávez ist der Buhmann der UPLA, knapp gefolgt von Evo Morales.

Bis 2005 war das Sekretariat der UPLA in La Paz (Bolivien) angesiedelt; seitdem hat es seinen Sitz in Santiago de Chile. Der chilenische Senator der UDI, Jovino Novoa, ist seit 2008 Präsident der UPLA, die offiziell 2006 als lateinamerikanische Regionalorganisation der IDU anerkannt wurde. Der vormalige Präsident (1998-2002) der UPLA, Marco A. Solares (Partido Unionista, Guatemala), war von 2009 bis 2011 stellvertretender Vorsitzender der IDU. Drei Mitgliedsparteien der UPLA sind im Vorstand der IDU vertreten. Insgesamt listet die UPLA 17 Mitgliedsparteien aus Lateinamerika auf, die IDU 21. Der IDU gehören außerdem acht Mitgliedsparteien aus der nicht spanischsprachigen Karibik an. Auch die UPLA unterstützt mit Latinoamérica Libre ein Netzwerk von *Think Tanks*.

UPLA und ODCA stehen im Wettbewerb, denn beide Organisationen konkurrieren im gleichen Segment des politischen Spektrums. Insofern ist nicht verwunderlich, dass fünf lateinamerikanische Parteien über eine Doppelmitgliedschaft in beiden Organisationen verfügen: die brasilianischen Democratas, die kolumbianische PCC, der Partido Reformista Social Cristiano (PRSC) in der Dominikanischen Republik, der Partido Nacional (PNH) in Honduras und der Partido Popular Cristiano (PPC) in Peru. Die Mitglied-

schaft wird ebenso wie die Doppelmitgliedschaft in Parteieninternationalen von vielen lateinamerikanischen Parteien offenbar unter opportunistischen und kurzfristigen strategischen Gesichtspunkten gesehen.

Die LI

Die 1947 gegründete LI ist in Lateinamerika bisher nur schwach, in der englischsprachigen Karibik gar nicht vertreten. Zu den 11 Mitgliedsparteien (einschließlich Beobachterstatus) gehören u.a. drei kubanische Exilparteien, eine Partei (mit Beobachterstatus) aus Guatemala, die bereits aufgelöst ist (Movimiento Reformador), sowie eine politische Gruppierung ohne Parteienstatus (die brasilianische Gruppe der LI). Allerdings wurden im Juni 2011 zwei wählerstarke Parteien neu mit Beobachterstatus in die LI aufgenommen: der paraguayische PLRA (Partido Liberal Radical Auténtico) und der PP (Partido Patriota) aus Guatemala. Deren Kandidat Otto Pérez Molina gewann im November 2011 die Präsidentschaftswahlen.

2005 hat die LI die Liberale Partei Nicaraguas (Partido Liberal Constitucionalista) ausgeschlossen, die während ihrer Regierungszeit in Korruptionsskandale verwickelt war und die Arbeit der Justiz behindert hatte. Während der Krise in Honduras nach dem Sturz von Präsident Manuel Zelaya (2009) verteidigte die LI die Regierung des Interimspräsidenten Roberto Micheletti, der – gleich Zelaya – Mitglied der mit der LI affilierten Liberalen Partei (PLH – Partido Liberal de Honduras) war. Als Zeichen der Unterstützung für Micheletti wurde dieser während der Krise zu einem der Vizepräsidenten der LI gewählt.

Mit der LI vernetzt und von der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung gefördert, ist das Liberale Netzwerk Lateinamerikas RELIAL (Red Liberal de América Latina), das 2004 gegründet wurde und dem sowohl Parteien als auch zivilgesellschaftliche Organisationen und *Think Tanks* angehören. Überraschenderweise gibt es eine große Überschneidung zwischen dem liberalen Netzwerk von *Think Tanks* und dem Netzwerk, das der konservativen UPLA nahesteht (Latinoamérica Libre). Nicht weniger als sechs lateinamerikanische *Think Tanks* (wie z.B. Libertad y Desarrollo in Chile oder die Fundación Libertad in Argentinien) gehören beiden Netzwerken an. Dies kann als Indikator dafür gelten, dass LI und UPLA in Lateinamerika im gleichen politischen Spektrum konkurrieren.

Die Grüne Internationale (Global Greens)

Die Grüne Internationale, die jüngste global agierende Parteieninternationale, ist auch in Lateinamerika präsent und verfügt dort über zehn Mitgliedsparteien (und zwei Parteien mit Beobachterstatus). Darüber hinaus gibt es eine Föderation der grünen Parteien Lateinamerikas (Federación de Partidos Verdes de las Américas). Der Rückhalt der grünen Parteien in Lateinamerika ist allerdings immer noch gering. Die Grünen sind bisher mit Abgeordneten nur in den Parlamenten von Brasilien, Kolumbien und Mexiko vertreten. Zu den Mitgliedsparteien der Global Greens in Lateinamerika zählen Iniciativa Verde (Argentinien), Partido Verde (Bolivien), Partido Verde (Brasilien), Partido Ecologista (Chile), Partido Verde (Kolumbien), Partido Ecologista Verde (Mexiko), Verdes en Alianza (Nicaragua), Partido Ecologista Alternativa Verde (Peru), Movimiento Verde Ecológico (Venezuela), Partido Los Verdes (Guatemala); Beobachterstatus haben der Partido Verde (Dominikanische Republik) und der Partido Les Verts (franz. Guyana).

Die COPPAL

Eine weitere, genuin lateinamerikanische Parteienorganisation, die „Permanente Konferenz der Politischen Parteien Lateinamerikas“ (Conferencia Permanente de Partidos Políticos de América Latina – COPPAL), wurde 1979 vom mexikanischen PRI (Partido Revolucionario Institucional) ins Leben gerufen. Der COPPAL gehören viele Parteien mit einer spezifisch lateinamerikanischen, in der jeweiligen Geschichte des Landes begründeten politischen Identität an, wie etwa der PRI, die Peronistische Partei (PJ – Partido Justicialista) in Argentinien oder die peruanische APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana). Mehr noch als andere Parteienzusammenschlüsse scheint die COPPAL eine vor allem auf dem Papier existierende Organisation zu sein, welche ideologisch sehr disparate Parteien umfasst, die häufig auf nationaler Ebene konkurrieren. In einigen Ländern gehören der COPPAL alle wichtigen Parteien an. So listet die COPPAL für Argentinien sowohl die Peronisten als auch die Radikalen (UCR – Unión Cívica Radical) als Mitglieder auf; in Uruguay zählen der Frente Amplio, die Colorado Partei und der Partido Nacional zu den Mitgliedern. Zur Zeit führt die COPPAL insgesamt 51 Mitgliedsparteien in Lateinamerika und der Karibik auf (und sechs assoziierte Parteien, einschließlich einer kanadischen Partei). COPPAL ist jedoch vor allem ein Projekt des PRI und eines Sektors der PJ. Dies erklärt vielleicht, warum

die COPPAL über zwei unterschiedliche Webseiten – eine in Mexiko und eine in Argentinien – verfügt. Seit 2005 ist der 89-jährige peronistische Ex-Senator Antonio Cafiero Präsident von COPPAL.

Relative Stärke der Parteieninternationalen in Lateinamerika

Obgleich viele Parteien, die den neuen linksgerichteten Präsidenten in Lateinamerika nahestehen, nicht Mitglied der SI sind, ist diese weiterhin die Internationale mit der stärksten parlamentarischen Präsenz in der Region (24 Parteien). Auf sie folgen die ODCA mit 18 Parteien, die UPLA mit 14 Parteien und schließlich die LI mit fünf Parteien (siehe Tabelle 2). Häufig ist die Zahl der Parlamentsmandate jedoch sehr niedrig. SI, ODCA und UPLA sind ungefähr in der gleichen Zahl von Parlamenten (13/15) vertreten.

Mitgliedsparteien der SI regieren in sechs Ländern und stellen in drei Ländern (Costa Rica, Dominikanische Republik und Nicaragua) den Präsidenten. Die ODCA umfasst die größte Zahl lateinamerikanischer Parteien ohne parlamentarische Vertretung (zehn, einschließlich von drei kubanischen Exilparteien). Sie ist in zwei Ländern an der Regierung und stellt dort auch den Präsidenten (Honduras und Mexiko). Ogleich die PJ seit den 1990er Jahren der ODCA angehört, dürfte die aktuelle argentinische Präsidentin, Christina Fernández de Kirchner, kaum Affinitäten zur Christlich Demokratischen Internationalen aufweisen. Die mit der ODCA konkurrierende UPLA ist an drei Regierungen beteiligt und ihr entstammen auch drei Präsidenten (Chile, Honduras und Panama). Die LI stellt seit 2011 einen Präsidenten (Guatemala). Zusammen stellen SI, ODCA, UPLA und LI damit – die argentinische Präsidentin Fernández de Kirchner mitgezählt – in neun von 18 lateinamerikanischen Ländern das Staatsoberhaupt; in drei weiteren Ländern sind sie an der Regierung beteiligt. In Südamerika mit seinen zehn Staaten sind allerdings nur die Partei des chilenischen Präsidenten (RN) und nominal die Peronisten in Argentinien (PJ) in einer global agierenden Parteieninternationalen vertreten. Zum Vergleich: Dem *Foro de São Paulo* gehören die Parteien von insgesamt zehn amtierenden demokratisch gewählten Präsidenten (aus Bolivien, Brasilien, Ecuador, der Dominikanischen Republik, El Salvador, Nicaragua, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela) an. Drei dieser Parteien sind gleichzeitig Mitglied der SI. Anzumerken bleibt, dass sich auch die Kommunistische Partei Kubas am *Foro de São Paulo* beteiligt.

Ideologische Verortung der Parteieninternationalen

Die Zusammensetzung der verschiedenen internationalen Parteienorganisationen in Lateinamerika zeigt mitunter sonderbare, auf den ersten Blick schwer verständliche Mitgliedschaften. So trat die PJ während der Präsidentschaft von Carlos Menem (1989-1999), der eine neoliberale Politik verfolgte, der christdemokratischen ODCA bei. Für die meisten Mitgliedsparteien der ODCA sind die Peronisten aufgrund ihrer heterogenen Programmatik und ihres Selbstverständnisses jedoch eher ein Fremdkörper innerhalb der Organisation. Bei den europäischen Mitgliedsparteien der SI, so auch bei der deutschen SPD, stößt die FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) von Daniel Ortega in Nicaragua auf große Vorbehalte. Auch mag verwundern, warum der Partei des pensionierten Generals Otto Pérez Molina in Guatemala (Partido Patriota) Beobachterstatus in der LI eingeräumt wurde. Ebenso überrascht die Mitgliedschaft des von der Lehrgewerkschaft gegründeten Partido Nueva Alianza (PANAL; Mexiko) in der LI. Die mexikanischen Grünen (Partido Ecologista Verde) treten für die Todesstrafe ein, weshalb die europäischen Grünen deren Ausschluss aus den Global Greens gefordert haben.

Weisen die lateinamerikanischen Parteien, die sich SI, ODCA, UPLA und LI angeschlossen haben, in ihrer Mehrzahl trotzdem ein ähnliches ideologisches Profil auf? Als grober Indikator kann auf die jeweilige ideologische Verortung der Mitgliedsparteien auf einer Links-Rechts-Skala durch ihre Abgeordneten zurückgegriffen werden. Hierzu dienen Daten der Befragung lateinamerikanischer parlamentarischer Eliten durch die Universität Salamanca, bei denen allerdings Parteien mit einer geringen parlamentarischen Stärke in den jeweiligen Stichproben nicht erfasst wurden.

Abbildung 1 zeigt erstens, dass sich die Parteieninternationalen deutlich im Hinblick auf die ideologische Selbstverortung ihrer Mitgliedsparteien (durch die Abgeordneten) unterscheiden. Sie sind in Teilsegmenten des politischen Links-Rechts-Spektrums angesiedelt, die sich nur teilweise überlappen. So sind die Mitgliedsparteien der SI in ihrer Mehrheit links der Mitte verortet, mit einem Mittelwert von 4.0. Die Parteien der ODCA sind Mitte-Rechts auf der Links-Rechts-Skala angesiedelt und weisen einen Mittelwert von 6.0 auf. Im Gegensatz dazu liegt der Mittelwert der Mitgliedsparteien von UPLA und LI bei 7.0 bzw. 6.9. Die Mehrzahl der Mitgliedsparteien der drei zuletzt genannten Internationalen verorten sich im Skalenbereich 6 bis 8 des Links-Rechts-Spektrums. Was bereits an den zahlreichen Doppelmitgliedschaften von UPLA und ODCA ablesbar war, bestätigte sich

Tabelle 2: Mitgliedschaft lateinamerikanischer Parteien in Parteieninternationalen

Land	SI	ODCA	UPLA	LI
Argentinien	PS (5% <)	PDC (1% <)	PRO	
	UCR (12%)	PJ* (38%) <i>P</i>		
Bolivien		PDC	Consenso Popular	
Brasilien	PDT (5%)	Demócratas (10% <)	Demócratas (10% <)	
		(PSDB) (12%)		
Chile	PPD (13%)	PDC (14%)	UDI* (23%)	
	PS (10%)		RN* (18%) <i>P</i>	
	PRSD (5% <)			
Costa Rica	PLN* (37%) <i>P</i>	PUSC (10% <)		ML (14%)
Dom. Republik	PRD* (42%) <i>P</i>	PRSC (10% <)	PRSC (10% <)	
			FNP	
Ecuador	ID (5% <)	UDC (1% <)	PSC (14%)	
El Salvador		PDC (10% <)	ARENA (39%)	
Guatemala	UNE (23%)	DCG (aufgelöst)	Partido Unionista (<5%)	(PP)* (27%) <i>P</i>
				(MR) (aufgel.)
Honduras		PNH* (57%) <i>P</i>	PNH* (57%) <i>P</i>	PLH (38%)
		PDCH (5% <)		
Kolumbien	PLC* (19%)	PCC (21%)	PCC (21%)	
	(PDA) (10% <)			
Mexico	PRI (37%)	PAN* (28%) <i>P</i>		PANAL(5%<)
	PRD (12%)			
Nicaragua	FSLN* (61%) <i>P</i>		Partido Conservador (<1%)	
Panama	PRD (35%)	P. Popular (5%<)	Cambio Dem.* (23%) <i>P</i>	
Paraguay	PPS* (5% <)	PDC	ANR (MDR Fraktion) (33%)	(PLRA) (29%)
	PDP (5% <)	(PPQ) (10% <)		
Peru	APRA (10% <)	PPC (10% <)	PPC (10% <)	PJN
		PDC		
Uruguay	Nuevo Espacio*	PDC		
	PSU*	(Unión Cívica)		
		(P. Nacional) (29%)		
Venezuela	AD (10% <)	Copei (10% <)	Proyecto Venezuela (5%<)	
	MAS (1% <)	(Conv. Nac.) (1% <)		
	(Podemos) (5%<)			
im Parlament vertretene Parteien () einschl. Parteien mit Beobachterstatus	22 (24)	13 (18)	14	3 (5)
Zahl der Länder	15	13 (15)	13	3 (5)
Beteiligung an der Regierung Zahl der Parteien	7	3	4	1
Zahl der Länder	6	3	3	1

Quellen: Political Database of the Americas, Wikipedia, USAL LEGISLATINA.

() Partei mit Beobachterstatus; (%) Stimmenanteil (letzte Parlamentswahl); fett gedruckt = im Parlament vertreten ; * = Regierungsbeteiligung; *P* = Partei stellt den Präsidenten (Stand: Januar 2012; ohne Kuba und Haiti).

somit: Die Mitgliedsparteien von UPLA, ODCA und LI konkurrieren in Lateinamerika in einem ideologischen Raum, wo sich christdemokratische, konservative und (neo)liberale Positionen überlagern.

Parteienkooperation mit Europa

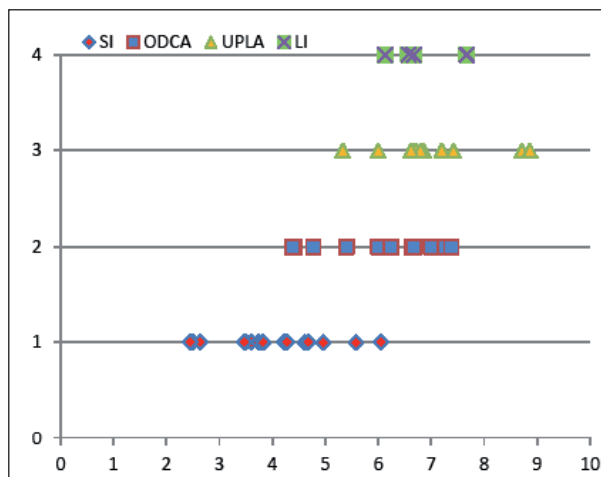
Während in der vergangenen Dekade insgesamt ein relativer wirtschaftlicher und politischer Einflussverlust Europas in Lateinamerika festzustellen ist, gibt es immer noch enge Beziehungen zwischen lateinamerikanischen und europäischen Parteien. Gleichwohl hat die Parteienkooperation mit Europa in den vergangenen Jahren stagniert. Tendenziell scheint die Kooperation im Mitte-Rechts-Spektrum besser zu funktionieren als auf der Linken. Neben den Parteien kommt dabei auch den politischen Stiftungen Bedeutung zu. Die dem spanischen PP nahestehende Stif-

tung FAES (Fundación para el Análisis y los Estudios Sociales) zählt sowohl die ODCA als auch die UPLA zu ihren Kooperationspartnern. Während der Regierungszeit von José Maria Aznar (1996-2004) hatte der PP enge Verbindungen mit der politischen Rechten in Lateinamerika geknüpft, und Aznar, der auch Präsident der FAES ist, hat auch nach seiner Amtszeit als Regierungschef häufig die Region bereist. Nach dem erneuten Regierungswechsel in Spanien könnte der Einfluss der FAES und des PP in Lateinamerika wieder zunehmen. Auch andere europäische Parteienstiftungen sind in Lateinamerika aktiv. So unterstützt beispielsweise die der schwedischen konservativen Partei Moderaterna nahestehende Jarl Hjalmarson Stiftung aktiv die UPLA.

Traditionell ist die Parteienförderung auch ein Tätigkeitsfeld der deutschen politischen Stiftungen. So

wird die UPLA seit ihrer Gründung von der Hanns-Seidel-Stiftung gefördert. Demgegenüber unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahrzehnten die ODCA. Es gibt keine vergleichbare institutionelle Förderung der Arbeit der LI und der SI durch die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung, obwohl punktuell die Aktivitäten dieser Internationalen in Lateinamerika unterstützt werden.

Abbildung 1: Selbstverortung (Mittelwert) der lateinamerikanischen Mitgliedsparteien von Parteieninternationalen



Quelle: Universidad de Salamanca, Elites Parlamentarias
<http://americo.usal.es/oir/elites/eliteca.htm>
 1= extrem links, 10= extrem rechts.

Herausforderungen an die Parteieninternationalen in Lateinamerika

Parteien sind in Lateinamerika mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie in Europa. In Meinungsumfragen wie dem *Latinobarómetro* weisen die Parteien durchgehend die niedrigsten Vertrauenswerte auf. Regional oder global agierende Parteien(dach-)verbände scheinen in der realen Politik – nicht nur in Lateinamerika – eine geringe Rolle zu spielen. Gleichwohl haben sie überlebt. Mehr noch: Es kam in den beiden vergangenen Dekaden sogar zu Neugründungen (Global Greens, UPLA) und es ist ein regelrechter Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Organisationen auf der Linken wie auf der Rechten entstanden. In Teilen der Linken gibt es offenbar die Tendenz, sich keiner der global agierenden Parteieninternationalen anzuschließen, sondern eher in lateinamerikanischen Organisationen mitzuarbeiten. Im Mitte-Rechts-Spektrum zeichnet sich dagegen eine größere Bereitschaft zur internationalen Vernetzung über Lateinamerika hinaus ab.

Unabhängig von ihrer politischen Verortung werden in Lateinamerika die regionalen Parteieninternationalen in der Regel von Politikern geführt, die in der jeweiligen Zeitperiode erfolgreiche Parteien repräsentieren. So war in der SI über viele Jahre die venezolanische

lanische *Acción Democrática* (AD) sehr einflussreich; später spielten die chilenischen Sozialisten (PS – Partido Socialista) eine wichtige Rolle. In der ODCA kam über Jahre der COPEI (Comité de Organización Política Electoral Independiente) in Venezuela eine Schlüsselrolle zu. Auch die chilenischen Christdemokraten (PDC – Partido Demócrata Cristiano) übten stets einen großen Einfluss aus. In den vergangenen Jahren hat der mexikanische PAN eine Führungsrolle wahrgenommen. Auch die UPLA wurde in ihrer kurzen Geschichte immer von bei Wahlen erfolgreichen Parteien geführt: zunächst von der PCC aus Kolumbien, dann der ARENA aus El Salvador, schließlich der ADN aus Bolivien und zuletzt der UDI aus Chile.

Wo liegt der Nutzwert regional oder gar global agierender Parteienzusammenschlüsse? Parteieninternationalen können ihre Mitgliedsparteien dazu anregen, ideologisch verwandten und bei Wahlen erfolgreichen Parteien nachzueifern sowie deren Strategien und Programmatik an den nationalen Kontext anzupassen. Parteienverbände lassen sich zudem zu Wahlkampfzwecken nutzen (etwa für Auftritte mit populären ausländischen Präsidenten). Internationale Parteienorganisationen sind in der Lage, ihre Mitglieder sowohl ideell als auch organisatorisch zu unterstützen, falls die Demokratie durch Aktivitäten der Regierung gegen die Opposition bedroht wird oder, umgekehrt, dafür sorgen, dass ihre Mitgliedsparteien nicht aus dem demokratischen Spiel ausscheren.

Für die meisten Parteieninternationalen gilt die Aussage des schwedischen Sozialdemokraten Roger Hällhag, dass „all Internationals are clubs that are hard to enter, even harder to leave“ (2008: 100) nur teilweise.¹ Offenbar ist es relativ leicht, den Parteieninternationalen beizutreten, auch für Kleinparteien. So hat die IDU beispielsweise gleich zwei europäische Regionalorganisationen als offizielle Partner: die European Democrat Union (EDU) und die European Peoples Party (EPP). In einigen osteuropäischen Ländern verfügt die IDU über bis zu fünf Mitgliedsparteien. Zutreffend ist der zweite Teil des Zitats. Es ist sehr schwer, wieder aus einer Internationalen auszuscheiden oder ausgeschlossen zu werden. Parteien, die national bedeutungslos geworden sind, möchten ungern auf die verbliebene internationale Präsenz verzichten. Dies führt in Lateinamerika bei den Global Greens und in Ansätzen bei der ODCA dazu, dass es unter ihren Mitgliedern eine Vielzahl von Kleinparteien gibt, die in ihren Ländern nur eine marginale Rolle spielen.

¹ Hällhag, Roger (2008), Political Party Internationals as Guardians of Democracy – Their Untapped Potential, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1, 100-115.

■ Der Autor

Prof. Dr. Detlef Nolte ist kommissarischer Präsident des GIGA und zur Zeit in dieser Funktion als Direktor des GIGA Instituts für Lateinamerika-Studien beurlaubt. Er ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika-Forschung (ADLAF). Forschungsschwerpunkte: politische Institutionen und Organisationen sowie regionale Kooperation und Integration in Lateinamerika.

E-Mail: <nolte@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/nolte>>

Der Autor dankt Christin Bernhold und Mark Schulz für die Unterstützung bei der Recherche.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Parteien und Parteiensysteme in Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sind Gegenstand von Arbeiten im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“. Regionale Organisationen und Akteurskonstellationen werden von GIGA-Wissenschaftlern im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ vergleichend analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bowen, James David (2011), The Right in “New Left” Latin America, in: *Journal of Politics in Latin America*, 3, 1, 99-124, online: <www.jppla.org>.

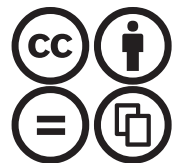
Erdmann, Gero (2010), Political party assistance and political party research: towards a closer encounter?, in: *Democratization*, 17, 6, 1275-1296.

Lucas, Kevin, und David Samuels (2010), The Ideological “Coherence” of the Brazilian Party System, 1990-2009, in: *Journal of Politics in Latin America*, 2, 3, 39-69, online: <www.jppla.org>.

Nolte, Detlef, und Christina Stolte (2010), *Selbstbewusst in die Zukunft: Lateinamerikas neue Unabhängigkeit*, GIGA Focus Lateinamerika, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes
Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM